

Die Digitalisierung des Geistes

Professoren rebellieren gegen den vormundschaftlichen IT-Staat

Die deutsche Regierung will fünf Milliarden Euro in die Digitalisierung der Bildung investieren. Mit diesem Geld könnten sinnvollere Bildungsprojekte gefördert werden, meinen die Initianten des anfangs 2017 gegründeten Bündnis für humane Bildung.

«Seit wann orientieren sich Bildungsprozesse ... an den Update-Zyklen der IT-Wirtschaft?»

Das fragt die Forschergruppe, zu der auch der renommierte Psychiater und Buchautor Prof. Manfred Spitzer gehört. «Geräte der Unterhaltungsindustrie verpflichtend in den Unterricht zu integrieren ist weder pädagogisch noch bildungspolitisch zu begründen.» Es missachte zudem die grundgesetzlich verankerte Methodenfreiheit der Lehrenden. Solche Massnahmen «bedienen ausschliesslich Partikularinteressen der IT-Wirtschaft und der Arbeitgeberverbände». Besser wäre, aus schon gemachten Fehlern anderer zu lernen: «Letztes Jahr wurden in Australien die für 2,4 Milliarden Dollar angeschafften Laptops wieder eingesammelt, weil die Schüler alles Mögliche damit gemacht haben – nur nicht gelernt.» Der Mythos allein seligmachender

Digitalisierung sei unbegründet: «Bislang sind alle Versuche der Automatisierung und Technisierung des Lernens gescheitert.» Man solle endlich die Warnung von Neurobiologen ernst nehmen, «dass die Nutzung digitaler Medien bei Kindern zu Schädigungen in der Gehirnentwicklung führen kann». Sogar



Illustration: MaxPixel

Andreas Schleicher (Direktor des Direktorats für Bildung der OECD) wurde deutlich: «Wir müssen es als Realität betrachten, dass Technologie in unseren Schulen mehr schadet als nützt.» Angesichts dessen finden der Experte

für Digitale Medien Prof. Gerald Lembke und Kollegen es «mehr als irritierend», dass Kultusminister öffentliche Bildungseinrichtungen «zum Einsatz und Nutzen bestimmter Medientechniken zwingen wollen. Sie beschädigen sowohl den im Grundgesetz festgeschriebenen Föderalismus wie die Grundrechte der Lehrenden.» Es würden Entscheidungen auf Bundesebene zentralisiert, «die kompetent nur in den Schulen vor Ort entschieden werden können».

Wohin diese Schulpolitik führt, zeigen angelsächsische Länder schon heute: «Jeder, der es sich leisten kann, schickt seine Kinder auf Privatschulen und später Privatuniversitäten, an denen sie von realen Lehrkräften klassisch unterrichtet werden. An öffentlichen Schulen hingegen sitzen Kinder und Jugendliche immer häufiger am Bildschirm und werden per Software und synthetischer Computerstimme beschult und geprüft.» Dabei, so eine Studie, führt die vermehrte Anwendung von Computern bei Schülern zu «statistisch signifikant niedrigeren Kompetenzen» in den Bereichen Mathematik und Naturwissenschaften. *Ingo Hoppe*

Bündnis für humane Bildung, www.aufwach-s-en.de

Wählen kann jeder, die Deutschen wollen auch abstimmen

Ein britisches Sprichwort besagt: «There is an elephant in the room» (eine offensichtliche Tatsache wird nicht angesprochen). Ein solcher Elefant ist der Wunsch von über 70 Prozent der Bürgerinnen und Bürgern nach bundesweiten Abstimmungen bei wichtigen Fragen. Die Berliner Bundespolitik ignoriert diese Tatsache seit Jahren. Nun trat der Elefant anlässlich der «Elefantenrunde» am Wahlsonntagabend selbst auf und hob die Angelegenheit aufs politische Tableau.

Seine Botschaft war klar und deutlich:

- Wer auch immer gewählt wird, bundesweite Volksabstimmungen gehören ins Programm der nächsten Bundesregierung.
- Die Bürgerinnen und Bürger wollen nicht nur wählen, sondern bei wichtigen politischen

Fragen auch mitbestimmen.

- Die Volksabstimmung ist eine Gewissensfrage an alle.
- Demokratie ohne Volksabstimmung ist wie ein Elefant ohne Rüssel.

Hinter der Aktion stehen die NGOs First World Development, Neopolis Network und der Omnibus für direkte Demokratie.

www.omnibus.org

